22.02.2023 - Aktualisiert: 25.02.2023, 16:36 Uhr https://www.faz.net/-gqe-b4rny

Zukunft des Strommarkts

Die EU-Staaten ringen um den Strompreis

Paris fordert eine Radikalreform des EU-Strommarktdesigns. Kann Berlin das zumindest ausbremsen? Die Interessen der Mitgliedstaaten weichen stark voneinander ab.

Von HENDRIK KAFSACK



© AFP

Nachhaltige Energieerzeugung: Sonnenenergieanlage im spanischen Sanlucar La Mayor

Deutschland steht mal wieder auf der Bremse. Am 14. März will die <u>Europäische Kommission</u> ihren von vielen Staaten lange geforderten Gesetzesvorschlag für eine Reform des europäischen Strommarkts vorlegen. "Ich rechne aber nicht damit, und ich hielte es auch für falsch, wenn sehr weitgehende Markteingriffe quasi aus der Hüfte geschossen kommen", sagte Wirtschaftsminister <u>Robert Habeck</u> eben erst in Berlin.

"Diese Diskussion wird, so denke ich, erst nach der Europawahl mit voller Fahrt aufgenommen werden" – also eher im Herbst als im Sommer 2024. Damit droht eine Neuauflage des Ringens um den EU-Gaspreisdeckel: Die Mehrheit der EU-Staaten dringt auf weitgehende Eingriffe in den Markt. Deutschland, die <u>Niederlande</u> und eine Handvoll kleiner (nordischer) Mitglieder – assistiert von der Europäischen Kommission – versuchen, das Schlimmste zu verhindern.

Vor allem Frankreich will nicht warten. Seit der <u>Strompreis</u> im Sommer 2022 Rekordhöhen erreichte und Ökostromerzeuger Riesengewinne einfuhren, dringt Paris auf eine grundlegende Reform des "Strommarktdesigns". Kein EU-Gipfel, kein Energieministertreffen ohne Pariser Wortmeldung dazu.

Teuerster Energieträger bestimmt den Preis

Nicht nur die Franzosen lernten damals, was das Merit-Order-System ist. Es besagt, dass der teuerste eingesetzte Energieträger den Preis bestimmt. Anders gesagt: Gibt es genug Wind und Sonne und die Anlagen laufen auf Hochtouren, ist Strom billig. Sogar negative Preise sind möglich. Müssen aber Kohle- oder Gaskraftwerke angeworfen werden, um Lücken zu füllen, wird es teuer – erst recht, wenn der Gaspreis immer neue Höhen erreicht.

Die einfachste Antwort schien damals für viele Länder wie Frankreich, Spanien oder auch Griechenland, die Merit Order abzuschaffen, um so Strom- und Gaspreis zu entkoppeln. Dabei funktionieren viele Märkte so. Zudem hat das System Vorteile. Denn es setzt die richtigen Anreize.

Nur wenn die Preise zwischenzeitlich hoch sind, lohnen sich Investitionen in Wind- und Sonnenkraft – zumal die Kosten dafür zu 90 Prozent in der Bauphase entstehen. Hinzu kommt: Die Erzeuger halten keine anderen Kraftwerke für Dunkelflauten bereit, wenn sich diese im Bedarfsfall nicht bezahlt machen. Bundesregierung und <u>EU-Kommission</u> brachten deshalb eine andere Lösung ins Spiel.

Abschöpfung von Übergewinnen der Betreiber

So beschloss die <u>EU</u> zunächst einmal nur, vorübergehend "Übergewinne" der Betreiber von Ökostrom- und Atomanlagen abzuschöpfen. Kommissionspräsidentin <u>Ursula von der Leyen</u> versprach zugleich eine fundamentale Reform des Strommarktdesigns und nahm auch die Option, die Merit Order abzuschaffen, nicht vom Tisch.

Inzwischen hat sich die Debatte – auch wegen sinkender Preise – weiterentwickelt. Von einer Abschaffung der Merit Order ist in keinem der zahlreichen Positionspapiere von EU-Staaten mehr die Rede. Die Kommission hat den Fokus in der Ende Januar eingeleiteten Konsultation zu dem Vorschlag anders ausgerichtet.

"Es ist erfreulich, dass diese unselige Debatte ein Ende hat", sagt der Energieökonom Lion Hirth von der Berliner Hertie School. Das heißt aber nicht, dass damit tiefgehende Eingriffe in den Markt für Frankreich und Spanien vom Tisch sind. Sie setzen nur an einer anderen Stelle an. Nun sollen langfristige Verträge zwischen Staat und Erzeugern (Contracts for Difference, CfD) die Lösung bringen.

Besser kalkulierbare Einnahmen für Investoren

Die Idee: Der Staat vereinbart mit den Erzeugern für einen Zeitraum von etwa 20 Jahren einen Preis oder Preiskorridor für die Stromlieferungen. Wenn dann der Marktpreis – der Spotmarkt für Strom funktioniert weiter wie bisher – unter dem "Ausübungspreis" liegt, zahlt der Staat dem Erzeuger die Differenz. Liegt der Marktpreis darüber, zahlt der Erzeuger an den Staat. Das hat für die Investoren den Charme, dass sie ihre Einnahmen besser kalkulieren können. Der Staat übernimmt das Risiko der Investition, subventioniert sie also. Das Instrument wird schon genutzt. Als "Erfinder" gilt Großbritannien. In neun EU-Staaten von Dänemark über Frankreich bis Spanien gibt es CfD.

Auch die Bundesregierung ist offen. In einem gemeinsam mit den Niederlanden und fünf kleineren EU-Staaten vorgelegten Brief spricht sie sich für solche Langfristverträge aus, um den Ökostromausbau zu fördern. "Bis 2030 müssen wir eine drei bis viermal höhere Ausbaugeschwindigkeit von Wind- und Solarstrom erreicht haben", sagt Matthias Buck von der Denkfabrik Agora Energiewende. "Es geht um eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-

Energien-Gesetzes", sagt Hirth.

Eine Weiterentwicklung, die nicht mehr nur Mindestabnahmepreise, sondern auch Höchstpreise festsetzt. Deshalb liefen die Ökostromhersteller auch Sturm, heißt es in Berlin. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energien (BEE), spricht von "Planwirtschaft".

Deutsche Pläne gehen nicht so weit wie französische

Dabei sind die deutschen Pläne bei Weitem nicht so radikal wie die von Spanien oder Frankreich. Für Berlin sind die Langfristverträge nur ein Angebot. "CfD sollten freiwillig sein, nicht rückwirkend eingeführt werden und den Fokus auf Investitionen in Erneuerbare legen", heißt es in dem gemeinsamen Brief. "CfD sind eine wichtige Option, um den zügigen Ökostromausbau sicherzustellen", sagt Buck. Damit Deutschland und Europa die Ausbauziele für Erneuerbare Energien erreichen könnten, brauche es zusätzlich aber auch marktbasierten Zubau, etwa über langfristige Stromabnahmeverträge zwischen Erzeugern und Industrie.

Frankreich oder Spanien indes wollen verpflichtende Verträge vorschreiben, auch für bestehende Anlagen, inklusive der Atomkraft. Auch beim Preis wollen sie stärker eingreifen. Für marktbasierten Zubau ist da kein Platz. Das birgt tatsächlich die Gefahr, dass nicht mehr die richtigen Signale für den Ausbau von Wind-, Solar-, Wasserkraft- und Bioenergieanlagen gesetzt werden.

Während das deutsche Modell 5 Prozent der Stromerzeugung treffe, wären es nach dem französischen rund 90 Prozent, schätzt Hirth. Das würde den EU-Staaten erlauben, den Ökostrom-Zubau feinzusteuern und damit auch an die bestehenden (Atom-)Anlagen anzupassen, was der französischen Idee von Industriepolitik näher kommt, als den Markt walten zu lassen. Zudem sind die CfD für Paris und Madrid vor allem auch ein Mittel, um die Preise für die Verbraucher auf niedrigem Niveau zu stabilisieren.

Ausübungspreis soll jährlich angepasst werden

Frankreich und Spanien gehe es um eine "Art Enteignung" der Stromerzeuger, wie es Hirth formuliert. Dazu passt, dass Frankreich den Ausübungspreis jährlich anpassen will – was mit der Idee von Planungssicherheit für Investoren kaum vereinbar ist. Letztlich wäre das französische Modell fortgesetzte Abschöpfung der Übergewinne unter anderem Namen. Wobei dieses Ziel auch Berlin nicht vollkommen fremd ist. Buck geht davon aus, dass bis 2030 auch nach dem deutschen Modell ein großer Teil der Stromerzeugung unter Langfristverträge fällt und so Übergewinne begrenzt werden.

So gut es nach den Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr zunächst einmal klingt, die Preise zu stabilisieren: Es hätte auch negative Effekte. So entfiele damit weitgehend der Anreiz für die Verbraucher, durch gezieltes Energiesparen bei durch Versorgungsengpässe ausgelösten Preisspitzen gegenzusteuern. Genau das aber gilt als unverzichtbar bei einem Stromnetz, das immer stärker auf erneuerbare Quellen setzt. Eben deshalb setzt die <u>EU</u> ja darauf, die Verbraucher mit intelligenten Stromzählern auszustatten, die eine solche Feinsteuerung erlauben.

Die schwierige Aufgabe für die Kommission ist nun, für alle Seiten akzeptable Vorschläge vorzulegen. Im Kern teilt sie die deutsche Sorge vor einem zu starken Markteingriff – zumal

für eine gründliche Analyse der Folgen überhaupt keine Zeit war. Die Gefahr von Kollateralschäden einer unüberlegten Reform ist groß, warnt Hirth. Das Problem ist: Von der Leyen hat mit dem Versprechen einer fundamentalen Reform große Erwartungen geweckt. Und Deutschland, die Niederlande und die anderen Unterzeichner des Briefs haben keine Sperrminorität. Frankreich, Spanien und andere drücken aufs Tempo. Sie wollen die Preise schnell senken und die Reform vor der Europawahl verabschieden, zur Not auch ohne Einbindung des EU-Parlaments als Notverordnung.

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2023 Alle Rechte vorbehalten.